

Rückantwort an Frau Petra Nicolaisen, MdB (CDU), 23.1.2025

Sehr geehrte Frau Nicolaisen!

Vielen Dank für Ihre rasche Antwort auf mein Schreiben.

Allerdings muss ich Ihnen in der Sache widersprechen.

Die von Ihnen favorisierte Strategie der politischen Auseinandersetzung mit der AfD ist krachend gescheitert. Nicht nur eilt die erfolgreichste rechtsextreme Partei der bundesdeutschen Geschichte von Wahlsieg zu Wahlsieg, ihre Positionen sickern auch mehr und mehr in die anderen Parteien ein, die sich offenbar vom populistischen Kuchen ein Stück abschneiden wollen.

Das betrifft auch Ihre Partei, die CDU. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Äußerung von Friedrich Merz hinweisen, der die CDU schon 2023 als eine „Alternative für Deutschland mit Substanz“ bezeichnete. Die Gedankenspiele von Herrn Merz zur Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft unter bestimmten Umständen stoßen ins gleiche Horn. Julia Klöckner, die Bundesschatzmeisterin Ihrer Partei, ging neulich sogar so weit, in einem Instagram-Post zu schreiben: „Für das, was ihr wollt, müsst ihr nicht AfD wählen. Dafür gibt es eine demokratische Alternative: die CDU.“

Die AfD und ihre Anhänger brauchen weder ein Verbotsverfahren noch sonst eine externe Motivation, um sich als Opfer zu inszenieren. Das tun sie jeden Tag und unter allen Umständen. Wenn man unbedingt die Partei „politisch stellen“ will, dann müsste man zumindest diesen abgenutzten Trick klar und deutlich offenlegen. Ein jahrelanges Verbotsverfahren könnte die inneren Strukturen und Diskussionen sowie die Finanzflüsse dieser Partei immer besser beleuchten – was eine weit wirksamere politische Auseinandersetzung ermöglichen würde als bisher. Darüberhinaus könnte ein Verbotsverfahren sehr wohl einen mäßigenden Einfluss auf die Rhetorik, das Auftreten und das Agieren der AfD ausüben. Derzeit testet sie nur mit großem Erfolg, wie weit sie gehen kann, ohne eine entschlossene Abwehrreaktion der Gesellschaft hervorzurufen.

Sie sagen, im Moment ist nicht der richtige Zeitpunkt für ein Verbotsverfahren. Wann wäre denn Ihrer Meinung nach der Zeitpunkt günstig? Wenn die AfD im Bundestag (eventuell zusammen mit dem BSW) eine Sperrminorität hat? Wenn sie, wie in Sachsen, auch in anderen Bundesländern Schlüsselstellen des Sicherheitsapparats besetzt?

Es ist nur zu offensichtlich, dass die AfD unter anderem durch die Passivität, wenn nicht die aktive Mithilfe anderer Parteien die Agenda in diesem Land setzt und die Grenzen des Denk- und Sagbaren immer weiter ausdehnt. Dazu braucht sie nicht einmal mitzuregieren, und dagegen hilft bloße politische Auseinandersetzung nicht, vor allem, wenn sie so geführt wird wie derzeit.

Ihre Behauptungen und Argumente können mich angesichts der sich stetig verschärfenden Situation nicht überzeugen. Ich kann daher nur noch einmal an Sie appellieren, die Zeichen der Zeit endlich zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen,

M. Hammerschmitt